ZMSBw
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Armee in der Demokratie

Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr

Markus Steinbrecher
Heiko Biehl
Nina Leonhard

Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

19. Dezember 2023

- Die Bundeswehr ist eine Armee (in) der Demokratie. Ihre innere Verfasstheit soll dem demokratischen Charakter der freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung Deutschlands entsprechen. Das Soldatengesetz verlangt von den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein aktives Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Mit der Inneren Führung wurde zudem eine vom Grundgesetz ausgehende ziel- und werteorientierte Konzeption für die Stellung der Streitkräfte im demokratischen Staat und der Soldatinnen und Soldaten in der freien Gesellschaft geschaffen. Politischer Extremismus ist daher mit den gesetzlichen Vorgaben und normativen Ansprüchen der Bundeswehr unvereinbar.
- Die Studie „Armee in der Demokratie“ (AID) untersucht Ausmaß, Ursachen und Wirkungen von politischem Extremismus in der Bundeswehr.
- Die Studie verfolgt drei zentrale Fragestellungen: 1) Wie groß ist das Ausmaß und was sind die Ursachen extremistischer Einstellungen unter den Angehörigen der Bundeswehr? 2) Wie wird mit politischem Extremismus in der Bundeswehr umgegangen? 3) Wie ist das Verhältnis der Bundeswehrangehörigen zu Politik und Gesellschaft? Welche Bedeutung hat Politik für das soldatische Selbstverständnis?
- Politische Einstellungen in der Bundeswehr sind bislang nur ansatzweise empirisch erforscht. Die vorliegende Studie liefert auf belastbarer konzeptioneller, methodischer und empirischer Grundlage erstmalige und umfassende Erkenntnisse zu den politischen Einstellungen der Angehörigen der Bundeswehr sowie zum Ausmaß und zu den Ursachen extremistischer Einstellungen.
- Die aufgeworfenen Fragestellungen stellen hohe methodische Anforderungen an die Studie. Daher wurde ein integratives Forschungsdesign gewählt, das quantitative und qualitative Ansätze kombiniert. Mehrere methodische Maßnahmen und Kontrollen sollen Tendenzen zur Nichtteilnahme an der Untersuchung, zur Antwortverweigerung oder zu sozial erwünschtem Antwortverhalten entgegenwirken.
- Zur Beantwortung der Fragestellungen hat das ZMSBw drei Erhebungsmodule durchgeführt.
- Bundeswehrinterne Befragung (Modul 1): An einer schriftlichen Befragung (Papier und Online) im November und Dezember 2022 nahmen 4.313 zivile und militärische Angehörige der Bundeswehr teil. Dies entspricht einer Rücklaufquote für die Gesamtstichprobe von 21,5 Prozent. Die Rücklaufquote bei zivilen Beschäftigten war mit 31,6 Prozent deutlich höher als bei den Soldatinnen und Soldaten mit 20,5 Prozent. Die Daten sind dennoch für alle militärischen und zivilen Angehörigen der Bundeswehr repräsentativ und in allen relevanten sozio- und militärdemografischen Teilgruppen aussagekräftig.
- Bevölkerungsbefragung (Modul 2): Zu Vergleichszwecken führte das Markt- und Meinungsforschungsinstitut Ipsos zwischen September und November 2022 eine repräsentative computergestützte persönliche Bevölkerungsbefragung mit 4.632 Befragten durch, darunter 2.307 Befragte in der Altersgruppe bis 30 Jahre. Die Erhebungsinstrumente in den Fragebögen von Modul 1 und Modul 2 waren soweit wie möglich identisch.
- Gruppendiskussionen (Modul 3): Im April 2021 und zwischen Oktober und Dezember 2022 führte das ZMSBw 18 Gruppendiskussionen mit jeweils drei bis acht Soldatinnen und Soldaten an acht Standorten der Bundeswehr durch. Die Diskussionsrunden wurden nach dem Ansatz der dokumentarischen Methode ausgewertet.

- Die Kombination quantitativer und qualitativer Elemente bietet sich ergänzende Zugänge zum Untersuchungsthema und dient der wechselseitigen methodischen Kontrolle, um möglichst belastbare Befunde und Einsichten zu gewinnen.
- Mittels der Fragebögen wurden in den Modulen 1 und 2 rechtsextremistische Einstellungen erfasst, gestützt auf die in den Leipziger Extremismus-Studien und den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung übliche Messung mit 18 Fragen aus den sechs Unterdimensionen Rechtsgerichtete Diktatur, Chauvinismus, NS-Verharmlosung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Sozialdarwinismus. Zudem erhoben die Fragebögen Haltungen zu Politikzielen der Neuen Rechten, zu Verschwörungstheorien und zu Thesen der Reichsbürger, zu religiösem Fundamentalismus und zu Linksextremismus.
- Die Auswertungen in diesem Forschungsbericht konzentrieren sich auf das Politikverständnis und rechtsextremistische Einstellungen von Soldatinnen und Soldaten. Die Haltungen der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr und der Bevölkerung dienen zum Vergleich und der Einordnung.
- Die Auswertung der Bundeswehrumfrage (Modul 1) zeigt, dass entsprechend der in der Forschungsliteratur üblichen Operationalisierung[1] weniger als ein Prozent der Angehörigen der Bundeswehr konsistent rechtsextremistische Haltungen aufweist. Der Anteil für die Soldatinnen und Soldaten liegt bei 0,4 Prozent. Unter den zivilen Beschäftigten liegt der Anteil bei 0,8 Prozent. Es bestehen also keine substanziellen Unterschiede hinsichtlich des Ausmaßes rechtsextremistischer Haltungen zwischen zivilen und militärischen Angehörigen der Bundeswehr.
- Der Anteil von Personen mit konsistent rechtsextremistischen Einstellungen ist in der Bevölkerung mit 5,4 Prozent deutlich höher als in der Bundeswehr. Auch wenn man eine erhöhte Tendenz zu sozial erwünschten Antworten bei den Bundeswehrangehörigen unterstellt: Es ist davon auszugehen, dass rechtsextremistische Haltungen in der Gesamtbevölkerung deutlich verbreiteter sind als in der Bundeswehr.
- Rechtsextremistische Haltungen sind in der Bundeswehr insgesamt eher selten. Lediglich konsistent chauvinistische (6,4 Prozent) und fremdenfeindliche (3,5 Prozent) Haltungen sind bei einem kleineren Teil der Soldatinnen und Soldaten zu finden. Überhaupt werden nur drei der 18 Aussagen aus dem Themenfeld Rechtsextremismus von mehr als 10 Prozent der militärischen Angehörigen der Bundeswehr unterstützt. Problematisch scheint der Befund für den Subindex Fremdenfeindlichkeit zu sein. Hinsichtlich der Einordnung von Aussagen, die in der Literatur als chauvinistisch gekennzeichnet sind, gilt es, die Besonderheiten und Anforderungen an den soldatischen Beruf zu berücksichtigen.
- Weiterführende Analysen zeigen, dass rechtsextremistische Einstellungen in bestimmten soldatischen Gruppen etwas verbreiteter sind als in anderen: bei Personen mit formal niedriger Bildung, bei Mannschaftsdienstgraden und Unteroffizieren ohne Portepee, bei Personen im Alter unter 30 Jahren, bei in Ostdeutschland aufgewachsenen Personen sowie bei Angehörigen von Heer, Streitkräftebasis und Kampftruppen. Die Gruppenunterschiede sind jedoch graduell und nicht gravierend.

[1] Mindestens neun von 18 Aussagen wird mindestens eher zugestimmt und mindestens neun Aussagen werden wenigstens mit „teils/teils“ beantwortet.

- In umfassenden Erklärungsmodellen für das Ausmaß an Unterstützung für rechtsextremistische Positionen zeigt sich: Unzufriedenheit mit dem politischen System, eine geringere Unterstützung für die freiheitliche demokratische Grundordnung und eine stärkere Wahrnehmung einer Einschränkung der freien Meinungsäußerung verstärken rechtsextremistische Einstellungen. (Sozialisationshypothese 1)
- Eine positive Sicht auf die Wehrmacht, negative Bewertungen der Politischen Bildung in der Bundeswehr, ein dezidiert soldatisches Elitebewusstsein, die Ablehnung von Prinzipien der Inneren Führung und eine ausgeprägte Kämpferidentität verstärken ebenfalls rechtsextremistische Einstellungen. (Sozialisationshypothese 4)
- Eine große Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten nimmt eine fehlende oder zu geringe gesellschaftliche und politische Unterstützung für die Bundeswehr wahr. Allerdings werden rechtsextremistische Einstellungen hierdurch nicht verstärkt. (Sozialisationshypothese 2)
- Ebenso spielt die Unzufriedenheit mit dienstlichen Aspekten für die Verstärkung rechtsextremistischer Einstellungen so gut wie keine Rolle. (Sozialisationshypothese 3)
- Die Befunde der weitergehenden Analysen sind für militärische und zivile Angehörige der Bundeswehr weitgehend identisch und nahezu unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus).
- Die Analyse der AID-Bevölkerungsbefragung (Modul 2) ergibt: Personen mit rechtsextremistischen Einstellungen zeigen ein erhöhtes Interesse an einer Tätigkeit in der Bundeswehr. Dieser Zusammenhang ist unabhängig vom verwendeten Instrument zur Messung rechter politischer Einstellungen (Neue Rechte, Rechtsextremismus) und bleibt selbst bei Berücksichtigung zahlreicher anderer Erklärungsfaktoren (demografische Merkmale, politische Einstellungen, Motive der Berufswahl etc.) bestehen. (Selektionshypothese)
- Hinsichtlich der Wahrnehmung und des Umgangs mit extremistischen Vorfällen ergibt die Auswertung der Befragungen von Bundeswehrangehörigen von Modul 1 und Modul 3, dass 26,7 Prozent der Soldatinnen und Soldaten mindestens ein Vorkommnis mit Bezug zu politischem Extremismus innerhalb der letzten 12 Monate erlebt haben. 73,3 Prozent haben keinen der abgefragten Vorfälle wahrgenommen. Am häufigsten (16,1 Prozent) werden rechtsextreme Sprüche berichtet. Die Werte für zivile Beschäftigte weichen deutlich davon ab, sie nehmen entsprechende Ereignisse seltener wahr: 83,1 Prozent haben keinen Vorfall erlebt.
- Extremistische Vorkommnisse werden teils gemeldet, teils untereinander geregelt. Häufig werden die disziplinaren Folgen den Befragten – etwa aus Gründen des Daten- und Persönlichkeitsschutzes – nicht bekannt. Am häufigsten gemeldet werden extremistische Inhalte in Chats (42,1 Prozent).
- Die differenzierten Reaktionen auf Verdachtsfälle und besondere Vorkommnisse lassen sich auf jeweils legitime, aber miteinander konkurrierende Handlungsgrundsätze (Gehorsam, Vorschriftenlage, Pflicht zur Kameradschaft) zurückführen.
- Die Angehörigen der Bundeswehr bewerten die Maßnahmen gegen politischen Extremismus unterschiedlich: Nur 37,1 Prozent der Soldatinnen und Soldaten sind der Meinung, dass die Bundeswehr bereits genug gegen politischen Extremismus tut. Eine deutliche Mehrheit von 58,6 Prozent sieht wiederum in der Politischen Bildung ein wirksames Instru-

ment, um politischem Extremismus vorzubeugen und fast alle befragten Soldatinnen und Soldaten sind der Auffassung, dass Extremisten in der Bundeswehr nichts verloren haben und ihnen deshalb der Zugang zu den Streitkräften zu verwehren ist.

- In der Gesamtheit belegen die Ergebnisse: Eine große absolute Mehrheit der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Beschäftigten der Bundeswehr wird den Grundsätzen der Inneren Führung und den Anforderungen an eine Armee (in) der Demokratie vollkommen gerecht.
- Die Soldatinnen und Soldaten und die zivilen Beschäftigten der Bundeswehr weisen im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt ein merklich größeres Interesse an Politik, ein stärkeres Vertrauen in staatliche Institutionen und eine größere Demokratiezufriedenheit auf. Zudem wird die freiheitliche demokratische Grundordnung stärker befürwortet.
- Das Vertrauen der Soldatinnen und Soldaten und der zivilen Beschäftigten in den Rückhalt durch die Politik, die Medien und die Bevölkerung ist dennoch belastet und wird durch die – auch in der Bundeswehr kursierende – Wahrnehmung von Denk- und Sprechverboten beeinträchtigt.
- Die Polarisierung politischer Debatten hat die Unsicherheit von Soldatinnen und Soldaten, ob und wie sie sich politisch positionieren dürfen oder sogar positionieren müssen, verstärkt.
- Die Studie liefert Hinweise für den Umgang mit rechtsextremistischen Einstellungen in der Bundeswehr. Zur Abwehr rechtsextremistischer Tendenzen ist wesentlich, dass Personen mit einer Affinität zu rechtsextremistischen Einstellungen von vorneherein nicht in die Bundeswehr gelangen.
- Es erscheint zugleich notwendig, das Vertrauen der Bundeswehrangehörigen in (die Unterstützung durch) Politik, Medien und Gesellschaft zu stärken.
- Kontroverse Themen, etwa tagespolitische Ereignisse, der Krieg gegen die Ukraine oder die Traditionswürdigkeit der Wehrmacht sollten nicht tabuisiert, sondern thematisiert und offen diskutiert werden, z.B. bei Unterrichtungen zur Historischen und Politischen Bildung.
- Der Umgang mit Vorkommnissen (nicht nur extremistischer Natur) innerhalb der Bundeswehr sollte transparenter gemacht werden – insbesondere mit Blick auf den kameradschaftlichen Zusammenhalt und die soldatische Hierarchie.
- Die Studie liefert umfassende Einblicke in die politischen Haltungen der Soldatinnen und Soldaten. Das methodische Design hat sich bewährt und liefert belastbare Befunde, die Hinweise auf Handlungsmöglichkeiten zum Schutz vor politischem Extremismus liefern. Empirische Ergebnisse zu extremistischen Strukturen, Netzwerken und Radikalisierungstendenzen bietet die Untersuchung aufgrund ihrer methodischen Anlage hingegen nicht.